Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Mai 2017

Bekenntnis zum Bargeld

Das Plenum hat einen Bericht zu Unternehmen im Bereich Finanztechnologie („FinTechs“) verabschiedet. Den Abgeordneten geht es im Kern darum, dass die hohen europäischen Verbraucherschutzstandards in der Finanzmarktregulierung auch für FinTechs gelten. „Nur weil eine Finanzdienstleistung auf dem Handy angeboten wird anstatt beim Finanzberater, darf das nicht bedeuten, dass Vorgaben nicht mehr gelten. Das muss eine der wesentlichen Leitlinien für die Zukunft sein.“ Außerdem hat es auch das von Markus Ferber vorgeschlagene klare Bekenntnis zum Erhalt des Bargelds in den Bericht geschafft. „Innovationen im Finanzsektor und im Zahlungsverkehr dürfen nicht dazu führen, dass das Bargeld unter die Räder kommt. Ich freue mich, dass das Plenum meinem Vorschlag mit so breiter Mehrheit gefolgt ist und wir ein klares Bekenntnis zum Bargeld im Bericht verankern konnten“, so Ferber. „Mit dem heutigen Votum senden wir ein ganz klares Signal an die Kommission, dass das Bargeld erhalten bleiben muss.“

Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung

„In ganz Europa landen jedes Jahr sagenhafte 88 Millionen Tonnen Nahrungsmittel mit einem Gegenwert von 143 Milliarden Euro im Müll", erklärt Ferber. Das Europäische Parlament hat Maßnahmen vorgeschlagen, um die Lebensmittelverschwendung in der EU zu verringern. Die Parlamentarier fordern die Kommission auf, die Beschränkungen für Lebensmittelspenden zu lockern und die Verwirrung bezüglich der Angaben zum Mindesthaltbarkeitsdatum und zum Verbrauchsdatum von Lebensmitteln zu beenden. Die nationalen Behörden und alle Interessenträger sollten das Bewusstsein der Verbraucher bezüglich der Angaben zum „Mindesthaltbarkeitsdatum“ und „Verbrauchsdatum“ verbessern. „Lebensmittel sind auch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums noch essbar. Schon allein mit diesem Bewusstsein lässt sich die Verschwendung um einiges eindämmen.“

EZB: Ferber fordert Wende in der Zinspolitik

„Die EZB hat einen glasklaren Auftrag: Preisstabilität. In Zeiten, in denen Wachstum und Inflation anziehen, bedeutet das, dass jetzt dringend eine Wende in der Zinspolitik kommen muss und das Anleihenkaufprogramm beendet werden muss“, fordert Markus Ferber, anlässlich der Debatte in Straßburg über die Befugnisse der Europäischen Zentralbank. Der Europaabgeordnete weiß genau, dass das nicht jedem gefallen wird. „Vor allem der neue französische Präsident sucht in Erwartung der Zinswende bereits heute händeringend nach neuen Finanzierungstöpfen für die französischen Staatsschulden.“ Ferber betont: „Das beste Mittel gegen ausufernde Staatsschulden sind aber weder Eurozonenbudget noch Niedrigzinspolitik, sondern eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Die EZB darf nicht die Instanz sein, die für günstige Staatsfinanzierung durch die Hintertür sorgt. Hier müssen die Mitgliedstaaten und allen voran Frankreich schon selbst liefern.“

Debatte zur Christenverfolgung im Mittleren Osten

Die Verfolgung von Christen hat in den vergangen Jahren zugenommen. Vor allem durch die Übergriffe der islamistischen Terrororgansation IS. „Viele Millionen Menschen werden an Leib und Leben bedroht, nur weil sie sich zum Christentum bekennen.“ Die EU-Parlamentarier setzten deshalb eine Debatte über die Situation der Christen im Mittleren Osten auf die Tagesordnung und forderten ein entschlosseneres Handeln der EU. „Christen sind die weltweit am stärksten verfolgte religiöse Gruppe“, erklärt Ferber. Fast die Hälfte der zwei Millionen syrischen Christen war gezwungen, aufgrund von Verfolgung und Gewalt zu fliehen. Im benachbarten Irak ist die Situation ähnlich — die Anzahl der Christen ist in den letzten 15 Jahren von 1,5 Millionen auf weniger als 300,000 gesunken. „Auch in der Türkei kann sich die Situation für Christen und andere religiöse Minderheiten künftig verschärfen“, warnt der CSU-Abgeordnete.

www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

evp - fraktion im europäischen parlament